

Forum Förderung von Kindern

**Vermerk zu der
Besprechung am Dienstag, 4.5.2006**

Datum: 4.5.2006

Ort: ver.di Bezirksverband Dortmund,
Königswall 36

Uhrzeit: 09.45 – 12.15

Beteiligte:

Peter Freitag, Doris Feldmann, Walter Fette, Martin Künstler, Susanne von Hehl, Beate Heeg, Gudrun Jäger-Klodwig, Bärbel Corcilus, Britta Discher, Gerhard Stranz,

ausdrücklich entschuldigt waren:

Carmen Tietjen, Stefan Ippig, Erna Moskal, Birgit Winterhoff, Jürgen Herzog, Dieter Greese, Klaus Amonit, Martin Depenbrock, Berthold Paschert, Renate Müller, Martina Peil, Marianne Buhl, Rainer Deimel, Gisela Kierdorf, Barbar Nolte

Zu den Beratungen lag der Entwurf einer Tagesordnung vor.

- Als Tischvorlagen standen zur Verfügung:
- Pressemitteilung Mehr Demokratie vom 3.5. zur Volksinitiative
- Pressemitteilung der FPD-Landtagsfraktion zur Volksinitiative
- Vermerk zu dem Gespräch mit den Facharbeitskreisen von CDU und FDP vom 3.5.2006
- Volksinitiative: Finanzierungsübersicht
- GTK-Novellierung; Pauschalenübersicht

Es wurden vor allem folgende Angelegenheiten beraten und abgesprochen:

1. Begrüßung – Verabredungen

Ergänzungen zur vorgeschlagenen Tagesordnung erfolgten nicht.
Absprachen zur Moderation und Protokollierung wurden nicht getroffen.
Ein Ende der Beratungen wurde für 12.30 Uhr vorgesehen.

2. Austausch zur aktuellen Situation

2.1 Volksinitiativen in NRW

Im Rückblick auf die Demonstration und Unterschriftenübergabe wurde u.a. ausgedrückt:

- Die Veranstaltung fand in einer angenehmen Atmosphäre statt, zu der vor allem auch das Wetter beigetragen hat.
- Die Veranstaltung war mit bis zu 2.000 Teilnehmenden gut besucht. Eine wesentlich Gruppen waren Beteiligte aus Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt mit rd. 800 Personen.
- Es waren vorwiegend Frauen beteiligt. Beachtlich erschien die Anzahl der Personen mit „Migrationshintergrund“ und vor allem, dass auch Männer mit Migrationshintergrund beteiligt waren.
- Die Veranstaltung erschien als gut organisiert. Das „Programm“ auf der Bühne „passte“.
- Der Einsatz der Bollerwagen war insbesondere für Medien ein guter optische Ansatzpunkt.
- Die Medienresonanz wird als gut eingeschätzt, zumal die Materialien in genutzt und vielfältige Medien unmittelbar beteiligt waren.

- Die Übergabe der Unterschriften war durch die Kennzeichnung der Ordner mit den Ziffern der Schlusszahl auch gut ins Bild gesetzt.

Herr Stranz wies darauf hin, dass er bedauerte, bei der Übergabe nicht die Frage der Finanzierung, vergleichbar der Wahlkampfkostenerstattung, angesprochen habe. Er informierte, dass er im Nachgang die Landtagspräsidentin angeschrieben habe und darin auch die überzogenen Kosten und Vorsorge der Stadtwerke Düsseldorf für den Stromanschluss (ca. 500 €) problematisiert habe.¹

Er wies darauf hin, dass „Mehr Demokratie“ auf die Volksinitiative in einer Presseerklärung aufmerksam gemacht habe und die Unterstützung bei einem weiteren Vorgehen angeboten hat.

Es wurde als begrüßt, dass eine gemeinsame Auswertung mit der Volksinitiative Jugend braucht Vertrauen erfolgen soll. Bei diesem Treffen sollen u.a. behandelt werden:

- Auswertung des Ergebnisses der Volksinitiative – nach dem Beschlussfassung zum Landshaushalt 2006 sowie den darin getroffenen Modifikationen
- Kennzeichnung von Hemmnissen bei der Vorbereitung und Durchführung
- Feststellen des entstehenden Handlungsbedarfs, z.B. im Hinblick auf weitergehende Aktivitäten und eine Zusammenarbeit

Herr Stranz wies darauf hin, dass der ursprünglich vorgesehenen Termin, 18.5.2006, nach einem Hinweis der Volksinitiative Jugend braucht Vertrauen verschoben werden muss. Er sagte nach weitergehenden Abstimmungen eine Information zu.

Es wurde verabredet, dass den Ortsverantwortlichen in einem Schreiben Dank für das Engagement ausgesprochen werden soll. Ihnen soll angeboten werden, sich über die weitere Entwicklung zu informieren. Es soll angekündigt werden, dass Sie zu einem späteren Zeitpunkt über dann anstehende konkrete weiteren Handlungsbedarf informiert werden sollen.²

Die Anregung, evtl. Interessierte zu einer gemeinsamen Auswertungs- und Planungsveranstaltung (open space) einzuladen, soll in die Erörterung mit den Beteiligten der anderen Volksinitiative einbezogen werden. Es wurde betont, dass nach den erheblichen Anstrengungen mit der Volksinitiative jetzt keine Ressourcen für ein weiteres hohes Engagement zur Verfügung stehen.³

2.2 Gespräch mit den Arbeitskreisen von CDU und FDP am 3.5.2006

Zu dem Gespräch lag ein Vermerk vor. Es wurde u.a. herausgestellt:

- Es wurden die Unzulänglichkeiten angesprochen, dass der Minister, die Staatssekretärin und auch neue Landtagsabgeordnete keine Kenntnis über die entwickelten Zusammenhänge in NRW haben, radikal andere Prioritäten gesetzt werden, so dass daher die Verlässlichkeit der Politik nicht gesichert sei.
- Es wurde zudem deutlich, dass als Bildungsbereich die Schule angesehen wird und daher die Schulpolitiker, unterstützt durch den Ministerpräsidenten, einen Vorrang erhalten haben. Es war, mit einer Ausnahme, nicht erkennbar, dass die Politikerinnen und Politiker der beteiligten Ausschüsse nachhaltig für Verbesserungen eingetreten sind.
- Durch den Hinweis auf die Verschuldungssituation, die Notwendigkeit der Generationengerechtigkeit war keine Offenheit für eine fachlich-inhaltliche Auseinandersetzung zur Bedeu-

tung der Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien als Bestandteil einer Bildung von Anfang an, gegeben.

- Es wurde erkennbar, dass abschließende Korrekturentscheidungen durch die Fraktionsvorsitzenden getroffen wurden und für das politische Handeln der Koalition unumstößlich Geltung haben werden.
- Die Unzulänglichkeit der vorgesehenen Sonderprogramme wurde verdeutlicht und in zwei Aspekten erkennbar, dass hier – unzulängliche – Modifikationen möglich erscheinen: Verlässlichkeit der Landesförderung nach dem Jugendförderungsgesetz bis 2010. Fortschreibung der Sonderförderung für soziale Brennpunkte (4,5 Mio. €) auch in das Jahr 2007.
- Es wurde deutlich, dass die Sorge, durch eine überstürzte Novellierung des GTK und die Verlagerung auf die Kommunen bei der Festsetzung der Elternbeitragsregelung längerfristig nicht gewollte Verwerfungen feststellen zu müssen, wurde auf den Mut zum offensiven Versuch plädiert. Dieses Vorgehen wurde als „leichtfertiger Großversuch“ und Verlagerung von Lasten auf die Mitarbeiterinnen kritisiert.
- Insgesamt wurde das Gespräch als „entmutigend“ angesehen, dass die Hoffnung der Volksinitiative auf eine Wirksamkeit innerhalb des Landeshaushaltes 2006 gedämpft habe.

2.3 Landeshaushalt 2006

Die vorgesehenen Korrekturen wurden als weder nachhaltig, verlässlich noch zweckmäßig angesehen, zumal sie bisher nur für den Zeitraum etwa ab 1.9. bis 31.12.06 vorgesehen sind. Herr Stranz schlug vor, in einem Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden Stahl und Dr. Papke die entsprechenden Unzulänglichkeiten zu verdeutlichen und Korrekturen der Korrekturen anzuregen.⁴

Herr Künstler wies darauf hin, dass z.B. aus dem Aktionsprogramm Frühe Bildung vor allem Mittel für die RAA und für ESF-Projekte, jedoch nur in geringem Umfang für Tageseinrichtungen zur Verfügung gestellt werden sollen

Es wurde ausgetauscht, dass die angekündigten Kürzungen von den jeweiligen Trägern bereits berücksichtigt oder aufgrund von noch vorhandenen Rücklagen zu drastischen Konsequenzen im kommenden Jahr führen muss. Es wurde berichtet, dass Belastungen in der Zusammenarbeit entstanden und Arbeitsplatzsorgen entstanden sind. Aufgrund der Verdichtung der Aufgaben stellen sich auch Fragen hinsichtlich der Möglichkeiten zur Mitwirkung innerhalb des Forums Förderung von Kindern.

2.4 Novellierung des GTK

Es wurde u.a. auf folgende Tendenzen aufmerksam gemacht:⁵

- **Zeitplan**

Die bisherige Planung des Ministeriums geht davon aus, dass innerhalb der nächsten 14 Tagen die Ressortabstimmung zu dem Referentenentwurf erfolgt, die Verbände noch vor der Sommerpause zur Stellungnahme aufgefordert werden, so dass nach der Sommerpause die Landtagsberatungen beginnen können, die mit der 3. Lesung im Dezember 2006 abgeschlossen werden sollen, so dass das in Kraft treten mit einer Umstellung zum 1.8.2007 – ohne Übergangszeitraum – erfolgen kann.

Die kurzfristige Umsetzung wird durch das Ev. Büro gefordert.

Gegen den Zeitrahmen haben die öffentliche und freie Wohlfahrtspflege votiert.

Der Städte- und Gemeindebunde plädiert für eine Erprobung im Rahmen einer Experimentierklausur.

- **Materielle Regelungen**

Es wird eine „pro-Kopf-Pauschale“ mit oder ohne Buchungszeiträume – also mit Zu- und Abschlägen – gedacht. Eine Gruppenpauschale, für die noch Standards festgelegt werden müssen, wird von der Freien Wohlfahrtspflege favorisiert, zumal dabei dann auch noch Pauschalen für Sachkosten und Miete enthalten sind.

Bei der bisherigen Regelung wird keine unterschiedliche Förderung für verschiedene Träger vorgesehen. Gegen diese Absicht hat die Freie Wohlfahrtspflege insgesamt bereits votiert. Es sollen zudem keine Standards mehr vorgegeben werden.

Das Ministerium hat erklärt, dass über Spitzabrechnung nicht mehr gesprochen werden kann.

Erste Berechnungen haben ergeben, dass ein Trägerbereich bei einem Volumen von 36 Mio. € 5, 8 oder 2 Mio. € Einnahmeverlust auszuhalten hätte. Bei einer Elterninitiativen mit 4 Gruppen reduziert sich die Förderung von 570.000 auf 420.000 €.

Es wurde darauf hingewiesen, dass finanzschwache Träger, vor allem Elterninitiativen, diesen Paradigmenwechsel kaum bewältigen können. So seien in Bayern 70 % der Elterninitiativen in der Existenz bedroht.

Es wurde verabredet, dass über die weitere Entwicklung der Informationsaustausch fortgeführt werden soll. Die Beratungen sollen evtl. Gegenstand der Klausurbesprechung im August sein.

2.4 Schulrechtsänderungsgesetz

Frau Feldmann berichtete, dass z.B. mit der vorgesehenen Einführung von Lernstudios in keiner Weise die Qualität der Arbeit der ehemaligen Schulkindergärten wieder erreicht werden kann. An den 3.500 Grundschulen stünden lediglich 593 sozialpädagogische Fachkräfte zur Verfügung.

Es gibt erheblichen Widerstand gegen die Absicht, Lernstudios nur in sozialen Brennpunkten einzusetzen, zumal Entwicklungsverzögerungen bei Kindern unabhängig vom Wohnort auftreten. Es sei festzustellen, dass Erwartungen zur Förderung auf die Eltern mit untauglichen Ansätzen verlagert werden, zumal Eltern in keiner Weise „geschult“ seien, z.B. die phonologischen Fähigkeiten zu fördern, so wie es in einem Elternbrief vorgeschlagen worden sei.

Es wurde von Herrn Stranz darauf hingewiesen, dass Veränderungen in Bezug auf die Einschulungsregelung nicht erkennbar sind.

Es wurde die Erfahrung ausgetauscht, dass Tageseinrichtungen „schulische Bildungsansätze“ in die Arbeit integrieren, zumal Eltern dies erwarten, z.B. mathematische Förderung für Vierjährige. Eltern fragen nach bilingualen Spielgruppen nach!

2.5 Zentren für Kinder und Familien

Es wurde berichtet, dass sich die Auswahl der für die Pilotphase zu beteiligten Zentren verzögert und nicht mit einem Start am 12.6. gerechnet werden kann. Es wird in Frage gestellt, ob sich tatsächlich 1.000 Einrichtungen oder Zusammenschlüsse gemeldet haben.

Derzeit werden unter Beteiligung der Spitzenverbände 4 Kompetenzteams zusammengestellt

- Detmold/Münster
- Westliches Westfalen/Ruhrgebiet
- Düsseldorf
- Köln

Gegen die erkennbar Absicht, dass für Leiterinnen zentrale Fortbildungen angeboten werden, hat sich die freie Wohlfahrtspflege bereits gewendet.

2.6 Horte und OGS

Aktuelle Informationen, z.B. zu der Festlegung von Kriterien für die auf Dauer geförderten Horte, lagen nicht vor.

2.7 Tarifvertragliche Regelungen – Arbeitszeit im öffentlichen Dienst

Eine Beratung konnte aufgrund von fehlenden Informationen nicht stattfinden.

3. Perspektiven

3.1 Verschiedenes

Es wurde abgesprochen:

- **Finanzen**
Die aktuellen Daten zu den Einnahmen und Ausgaben der Volksinitiative sollen Herrn Stranz angezeigt werden, damit eine Übersicht für die nächste Zusammenkunft erstellt werden kann.⁶
- **Didacta 2007**
Herr Stranz berichtete über die Themenstellung für die nächste in Köln stattfindende Messe: Bildung ist mehr als Schule und regte an, dass hierzu zu einem späteren Zeitpunkt weitere Beratungen im Hinblick auf eine breite Beteiligung erfolgen sollten.
- **Leitlinien des Forums**
- vertagt –
- **Elternvertretung im Schulbereich**
- vertagt –
- **Aktion „Starke Familien“**
Frau Beierling berichtete über den von ihr vorüberlegten Ansatz, der zu einem späteren Zeitpunkt aufgegriffen werden soll.⁷

Nachtrag:

Es wurde leider vergessen zu berichten, dass im Zusammenhang mit dem 30jährigen Jubiläum des Kindergartengesetzes/GTK eine Tagung am Ende des Jahres mit einigen Interessierten erörtert wurde und weitergehend vorbereitet werden müsste. Die Tagung könnte eine inhaltliche Würdigung von geeigneten Ansätzen für die Finanzierung einer angemessenen Förderung werden.⁸

3.2 Schwerpunktsetzungen

Die Klausur des Forums soll am 17.8. stattfinden.

Die Vorbereitung wird – während eines Ferientermins von Frau Discher, Frau Heeg und Herrn Fette geleistet.

Mögliche Themenstellungen können sein:

- Auswertung der Volksinitiativen und Perspektiven
- Neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit
- Novellierung des GTK

4. Verabredungen

Es wurden folgende „Aktionen“ verabredet:

- In einem Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden sollen Hinweise zu den Sonderprogrammen gegeben werden.
- Ein Auswertungs- und Perspektivengespräch soll zwischen Beteiligten beider Volksinitiativen vorgesehen werden.⁹
- Ein Dank- und Perspektivenschreiben soll an die Ortsverantwortlichen gerichtet werden.¹⁰
- Die Klausur soll stattfinden.¹¹

Mit besten Wünsche endete die Zusammenkunft gegen 12.15 Uhr.

gez. Gerhard Stranz

Arbeitsperspektiven:

- ¹ Anschreiben an die Landtagspräsidentin
- ² Schreiben an die Ortsverantwortlichen – durch Herrn Künstler
- ³ Auswertungsgespräch der Volksinitiativen: Kontakte zu Ortsverantwortlichen und Interessierten - Partizipationsmöglichkeiten sichern
- ⁴ Schreiben an Papke/Stahl zum Landeshaushalt 2006 verfassen
- ⁵ Aspekte für das Rundschreiben sichern
- ⁶ Finanzierungszusammenstellung für die nächste Besprechung (spätestens)
- ⁷ TOP: Starke Familien für Herbst nachhalten
- ⁸ GTK-Tagung; Erörterung in der Klausur und Hinweis im Rundschreiben
- ⁹ Termin zu einem Auswertungsgespräch der VI abstimmen
- ¹⁰ Dankschreiben an die Polizei und das Innenministerium richten – erledigt.
- ¹¹ Tagungsort für die Klausur am 17.8.2006 „sichern“ – GEW – ver.di ?